

7. III. 1917

61

ist, darauf zu achten, daß jeder Versuch, in anderen Ländern einer Revolution beizustehen, streng und wirksam unterdrückt und verhindert werde. Zu diesen Grundsätzen sollten wir uns einträchtig bekennen und dieser neuen Einigkeit werden wir in Klammern zusammengeschmiedet, durch deren Blut wir von Parteien und Uneinigkeit befreit und sowohl in der Erfassung unserer Pflicht als in dem erhabenen Entschluß, sie zu erfüllen, vereint werden. Wir wollen uns im Angesicht aller Menschen der großen Aufgabe weihen, an die wir jetzt gehen müssen.

Die Botschaft Wilsons an das Land.

Polenik gegen die Minderheit des Senats.

Washington, 6. März.

Das Reiterische Bureau meldet:

In der bereits kurz veröffentlichten Botschaft Wilsons an das Land heißt es: Die letzte (64.) Session des Kongresses zeigt bei ihrer verfassungsmäßigen Schließung eine Lage, die wohl ohnegleichen in der Geschichte unseres Landes dasteht, ja wohl ohnegleichen in der Geschichte irgend einer modernen Regierung, eine Lage unmittelbar vor einer Krise, die mehr tragische und weitreichende Möglichkeiten nationaler Gefahr in sich trägt, als irgendeine andere Regierung in der ganzen Geschichte der internationalen Beziehungen sich gegenüber sah. Der Kongreß war nicht in der Lage, das Land zu schützen oder die grundlegendsten Rechte der Bürger zu wahren. Mehr als 500 von 531 Mitgliedern der beiden Häuser sind bereit und willig zu handeln. Das Repräsentantenhaus handelte mit überwältigender Mehrheit, aber der Senat war nicht in der Lage, zu handeln, weil eine kleine Gruppe von 11 Senatoren beschlossen hatte, daß er nicht handeln sollte. Der Senat hat keine Regeln, durch die die Debatte beschränkt oder beendet werden kann oder durch die irgendwelche verschleppende Manöver verhindert werden können. Ein einzelnes Mitglied kann sich jeder Handlung in den Weg stellen, wenn es nur körperliche Ausdauer besitzt. Im jetzigen Falle ist das Ergebnis die völlige Lähmung sowohl des gesetzgebenden wie des ausführenden Zweiges der Regierung. Die Unfähigkeit des Senats, zu handeln, machte einen der notwendigsten gesetzgeberischen Akte der Session zu einer Zeit unmöglich, da die Notwendigkeit am allerdringendsten war.

Nachdem der Präsident die Maßregeln beschrieben, die nicht erledigt werden konnten, fährt er fort: Ich würde die Schwierigkeit nicht beseitigen, wenn ich den 65. Kongreß zu einer außerordentlichen Session einberufen würde. Die Lähmung des Senats würde weiter bestehen. Wille und Geist zum Handeln fehlen nicht. Ich kann wohl sagen, daß der Kongreß augenblicklich fester in seinen Gedanken und in seinem Willen geeint ist, als er zu Gebenheiten irgendeines jetzt lebenden Mitgliedes war. Es besteht nur völlig geeintes patriotisches Wollen.

Die Ziele, die die Mitglieder vor Augen haben, sind völlig klar und bestimmt, aber der Senat kann nicht handeln, wenn seine Führer nicht die einstimmige Einwilligung erlangen. Seine Mehrheit ist machtlos und hilflos. Mitten in einer Krise voll außerordentlicher Gefahren, wenn nur bestimmtes, entschiedenes Handeln die Nation sichern oder sie vor einem Krieg durch Angriff anderer schützen kann, ist das Handeln unmöglich gemacht, ohgleich tatsächlich die Nation und ihre Vertreter mit noch nicht dagewesener Einmütigkeit hinter der ausführenden Regierung stehen. Es wird natürlich der im Auslande hervorgerufene Eindruck der sein, daß dem nicht so ist und daß andere Regierungen tun können, was sie wollen, ohne fürchten zu müssen, daß unsere Regierung irgend etwas tun kann.

Wir können das nicht erklären. Die Erklärung ist unglaubwürdig. Der Senat der Vereinigten Staaten ist weiter nichts als eine gesetzgebende Körperschaft, die nicht handeln kann, wenn auch ihre Mehrheit zum Handeln bereit ist. Eine kleine Gruppe willensstarker Männer, die einzig die eigene Meinung vertreten, hat die große Regierung der Vereinigten Staaten hilflos und verächtlich gemacht.

Hiergegen gibt es bloß ein Mittel. Das einzige Mittel ist, den Senat so zu ändern, daß er handeln kann. Man kann sich darauf verlassen, daß das Land die Folgerung daraus ziehen wird. Ich glaube, daß man sich darauf verlassen kann, daß der Senat ein Mittel zum Handeln finden und das Land vor einer Katastrophe bewahren wird.

Ein altes Gesetz gegen die Bewaffnung der Handelschiffe.

Der Präsident gab außerdem die Ermächtigung, eine Erklärung zu veröffentlichen, die besagt, daß die Lage dadurch noch ernster geworden sei, als man angenommen hatte, daß man entdeckte, daß der Präsident zwar auf Grund der allgemeinen Verfassungsvollmachten viel von dem tun kann, wofür er vom Kongreß Vollmacht verlangt hat, daß aber gewisse alte unwiderrufene Bestimmungen bestehen, die praktisch unüberwindliche Hindernisse bilden und die Vollmacht zunichte machen können.

(Das erwähnte alte Gesetz wurde im Jahre 1819 angenommen, um den Widerstand amerikanischer Handelschiffe gegen Kaperschiffe von Privatpersonen zu regeln, schloß aber Schiffe aus, die von einem „staatlichen bewaffneten Schiffe“ einer Nation, die mit den Vereinigten Staaten in Freundschaft lebt, angegriffen würden. Im technischen Sinne ist aber Deutschland nicht im Krieg mit den Vereinigten Staaten und Unterseeboote sind „bewaffnete staatliche Schiffe“ Deutschlands.)

Die Inauguraladresse Wilsons.

Ankündigung der Möglichkeit eines aktiven Eingreifens Amerikas.

Washington, 5. März.

Das Reiterische Bureau meldet:

In der Inauguraladresse sagte Wilson: Vom Anfang an drückte der Krieg unvermeidlicherweise unserem Geiste, unserer Industrie, unserem Handel und unserer Politik seinen Stempel auf. Es war unmöglich, ihn gleichgültig oder unabhängig gegenüberzustellen. Trotz vieler Meinungsverschiedenheiten wurden wir einander nähergebracht. Man hat uns zur See großes Unrecht zugefügt. Wir hatten nicht den Wunsch, mit Unrecht und Beleidigungen zu antworten. Obwohl einige uns zugefügte Uebel unerträglich waren, sind wir uns stets dessen bewußt gewesen, daß wir nichts für was selbst wünschen, was wir nicht für die ganze Menschheit zu fordern bereit wären, nämlich rechtshaffenes Handeln (fair dealing), Gerechtigkeit, Freiheit zu leben und Schutz vor organisiertem Unrecht. In diesem Geiste und mit diesem Gedanken gelangten wir mehr und mehr zu der Ueberzeugung, daß es unsere Aufgabe sein muß, für die Erhaltung und Stärkung des Friedens zu arbeiten. Wir mußten uns bewaffnen, um unseren Anspruch auf ein gewisses Mindestmaß von Recht und Freiheit des Handels durchzusetzen. Wir stehen fest in bewaffneter Neutralität, weil es scheint, daß wir auf keine andere Weise ausdrücken können, worauf wir bestehen und was wir nicht missen können. Es kann sogar sein, daß wir durch die Umstände zu einer aktiven Verteidigung unserer Rechte und zu einer mehr unmittelbaren Teilnahme an dem großen Kampfe veranlaßt werden. Aber nichts wird unsere Ideen und unseren Zweck ändern. Wir wünschen weder zu erobern noch Vorteile zu erringen. Wir wünschen nichts, was nur auf Kosten eines anderen Volkes erreicht werden kann. Wir sind nicht länger Provinzler. Die tragischen Ereignisse dieser Monate Kampfes auf Leben und Tod haben uns zu Weltbürgern gemacht. Wir können nicht zurück. Unser eigenes Geschick als Nation steht auf dem Spiel.

Das Folgende ist es, wofür wir einsehen werden: daß alle Nationen gleich viel Interesse am Weltfrieden und an der politischen Stabilität der freien Völker haben und dafür in gleichem Maße verantwortlich sind, daß das wichtigste Prinzip des Friedens die wirkliche Gleichheit der Völker in allen Rechtsfragen ist, daß der Friede sich nicht sicher und gerechtere Weise auf ein scheinbares Rechtsgleichgewicht stützen kann, daß die Regierungen alle gerechte Macht (wörtlich just power) von der Zustimmung der Regierten ableiten, daß die Meere gleich frei und sicher für alle Völker sein sollten nach Gesetzen, die durch ein gemeinsames Abkommen festgesetzt sind, daß die Rüstungen der Völker auf die innere Ordnung eines Volkes und die häusliche Sicherheit beschränkt werden sollten und daß es Pflicht jedes Volkes